

**Martin Oppenauer**, Heidenheimerstraße 41, 3100 St. Pölten

[martin.oppenauer@reflex.at](mailto:martin.oppenauer@reflex.at)

**Philipp Lindner**, Mariahilferstraße 167/19, 1150 Wien

[philipp.lindner@reflex.at](mailto:philipp.lindner@reflex.at)

**Abstract** zur Teilnahme am Momentum Kongress „Gleichheit“ Hallstatt/OÖ

### **Re-Framing der Migration**

„Längst ist hierzulande eine Klarstellung fällig: Migration bildet unsere Realität. Die Menschen, die hier leben, sind keine Fremden. Die Sprachen, die hier gesprochen werden, sind keine Fremdsprachen. Alle Jugendlichen, die hier leben, sind unsere Jugendlichen. Nach den Ergebnissen der Wiener Wahl wollen wir daher noch weniger als zuvor über Integration reden. Denn bereits das ständige Sprechen über Integration reproduziert ein angebliches Anderssein, stellt Teile der Gesellschaft unter Generalverdacht und übersieht die Vielfältigkeit der Lebensformen. Stattdessen wollen wir soziale und politische Verhältnisse thematisieren, die tagtäglich Ungleichheit zwischen Menschen neu herstellen.“<sup>1</sup>

Nach der Wiener Gemeinderatswahl am 18. Oktober 2010, die der rechtsextremen FPÖ einen enormen Stimmenzuwachs bescherte, hat ein Zusammenschluss von Intellektuellen, politischen Aktivist\_innen, Sozialarbeiter\_innen und Wissenschaftler\_innen einen Appell verfasst, der mit den Worten „Ausschluss basta!“ in die „Integrationsdebatte“ intervenierte und sich gegen den „rassistischen Konsens“ in Österreich stellte. Diese Intervention möchten wir als Ausgangspunkt für unseren Beitrag für den Track „Gleichheit fordern“ diskutieren.

Uns geht es darum, zu kritisieren, dass die Sozialdemokratie in den Debatten um Migration oder Integration sich entweder durch Abwesenheit auszeichnet oder, wie im Falle der Reformen im Fremdenrecht in den vergangenen Jahren, durch restriktive Politik das Geschäft der FPÖ erledigt. Unsere Analyse geht davon aus, dass der Integrations- und Migrationsdiskurs in Österreich in erster Linie von der Opposition angetrieben wird: von der FPÖ mit einem klaren Anti-Migrations-Kurs und von den Grünen durch einen Pro-Migrationskurs. Der Opposition ist es dadurch gelungen, in der Öffentlichkeit nachvollziehbar, das Thema Integration und Migration zu „framen“, wobei die rechtsextreme Opposition die Deutungshoheit in Anspruch nehmen kann.

Die SPÖ übernimmt mit ihrer Politik der letzten Jahrzehnte unbewusst oder bewusst das Framing der FPÖ, indem sie in den Kategorien, die von der Rechtsextremen vorgegeben wird, denkt und handelt. Ein aktuelles Beispiel dafür ist beispielsweise die Maßnahme

---

<sup>1</sup> Aus der Stellungnahme „Ausschluss basta“, <http://ausschlussbasta.wordpress.com>

„Deutsch vor Zuzug“ im Rahmen der jüngsten Fremdenrechtsreform. Um auch in größeren Zeiträumen zu denken: jene Forderungen, die Jörg Haider mit seinem Volksbegehren „Österreich zuerst“ aus dem Jahr 1992 aufstellte, sind mittlerweile Gesetzesrealität.

Der gewünschte Effekt, der FPÖ auf dem Terrain der Migration und Integration „das Wasser abzugraben“, tritt allerdings nicht ein. Im Gegenteil: Die Stimmung in der Mehrheitsgesellschaft gegen Minderheiten und als „Fremde“ stigmatisierte Menschen verschärft sich zunehmend. Die SPÖ verliert nach wie vor an Sympathien in der Bevölkerung. Menschen, die „Law-and-Order“-Politik bevorzugen, wenden sich auch weiterhin der FPÖ zu, aufgeklärte und fortschrittliche Teile der Bevölkerung stößt der von Sozialdemokratie und Gewerkschaft mitgetragene Regierungskurs in der Migrationspolitik ab.

Offene Debatten innerhalb der Sozialdemokratie über eine Neuausrichtung und Neudefinition des Integrations- und Migrationsbegriffs finden de facto nicht statt. Ernstzunehmende und langfristige Perspektiven sowie Alternativen zum gängigen Politikverständnis im Bereich der Integration und Migration werden scheinbar weder bedacht noch kommuniziert. Der Integrationsbegriff, so wie er in der vorherrschenden Sichtweise verstanden wird, steht einem Gleichheitsbegriff entgegen, den sich die Sozialdemokratie in ihrem Grundsatzprogramm auf die Fahnen geschrieben hat.

Der Gleichheitsbegriff wird dort explizit behandelt: „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind davon überzeugt, daß jeder Mensch [...] gleichberechtigt und gleichwertig ist. Daher sind alle Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit gleich an Rechten und Würde; deshalb wollen wir für alle Menschen Chancengleichheit durchsetzen - unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft [...], ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Weltanschauung, ihrem religiösen Bekenntnis oder ihrem individuellen Lebensentwurf. Zur Chancengleichheit gehören für uns das Recht auf Arbeit und Bildung sowie gleiche politische und soziale Menschenrechte.“<sup>2</sup>

Ausgehend von diesem Gleichheitsbegriff ist es an der Zeit, dass die Sozialdemokratie ein fortschrittliches, auf Gleichheit abzielendes Verständnis von Migration(spolitik) entwickelt. Es gilt dem aktuell vorherrschenden Anti-Migrations-Diskurs eine Alternative entgegenzusetzen. Aus dem Gleichheitsbegriff abgeleitet muss es darum gehen, konkrete Gleichheit herbeiführende Projekte zu etablieren und in den öffentlichen Diskurs einzudringen und fortschrittlichen Positionen zu Hegemonie zu verhelfen. Ansatzpunkte dafür werden wir in unserem Beitrag vorschlagen. Ausgangspunkt ist das Grundsatzprogramm der SPÖ.

---

<sup>2</sup>Aus dem Parteiprogramm der SPÖ: [http://spoe.at/bilder/d251/spoe\\_partei\\_programm.pdf](http://spoe.at/bilder/d251/spoe_partei_programm.pdf)